

## **Entschließungsantrag**

der AfD-Fraktion

ZU:

**Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mehr als Schülerinnen und Schüler - Kinder und Jugendliche stärken, Interessen berücksichtigen, soziales Miteinander ermöglichen und Teilhabe sichern - Drucksache 7/3725 vom 08.06.2021**

### **Zahl der Schulpsychologen verdoppeln, betroffenen Kindern, Familien und Lehrern helfen**

Der Landtag stellt fest:

Die derzeitige Relation von einem Schulpsychologen auf 10.000 Schüler reicht nicht aus, um Eltern, Lehrer, Erzieher, Kinder und Jugendliche angesichts des erwartbar zunehmenden Beratungsbedarfs bei psychischen und psychosozialen Problemen sowie bei Lernschwierigkeiten optimal unterstützen zu können.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sämtliche Anstrengungen dahingehend zu unternehmen, um eine sofortige Verbesserung der völlig unzureichenden Schulpsychologen-Schüler-Relation von derzeit 1:10.000 auf 1:5.000 durch eine Verdopplung der Stellen an vollzeitbeschäftigten Schulpsychologen herbeizuführen;
2. zu diesem Zweck bei der Aufstellung des Landeshaushalts 2022 finanzielle Mittel i. H. v. 3.000.000 Euro im Haushalt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zu berücksichtigen. Die veranschlagten Personalkosten ergeben sich aus einer Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 13 Stufe 2 unter Berücksichtigung eines angenommenen Arbeitgeberanteils von 40% des Arbeitnehmerbruttolohns.

#### Begründung:

Berechtigte Klagen über mangelnde personelle Kapazitäten zur Wahrnehmung ihrer komplexen und wichtigen Aufgabe wurden seitens der Brandenburger Schulpsychologen in den vergangenen Jahren wiederholt vorgetragen. Gleichzeitig vermerken zahlreiche bundesweite und regionale Studien einen deutlich gestiegenen Beratungsbedarf infolge der Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern.

Eingegangen: 15.06.2021 / Ausgegeben: 15.06.2021

Spätestens mit der Veröffentlichung der Studie JuCo II der Universitäten Frankfurt und Hildesheim im Dezember 2020 ließen sich die schwerwiegenden Auswirkungen dieser Politik auf das seelische und körperliche Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen nicht länger ignorieren.<sup>1</sup>

Diese Ergebnisse stimmen auch mit jenen der COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE)<sup>2</sup> überein, die Mitte Februar 2021 präsentiert wurde. Demnach leidet infolge der monatelangen Schulschließungen sowie Besuchs- und Kontaktverbots ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen an depressiven Symptomen. Essstörungen, selbstverletzendes Verhalten als Bewältigungsstrategie (gerade bei Mädchen und jungen Frauen), substantielle psychosomatische Beschwerden (wie Einschlafprobleme, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten), Zukunftssorgen, Angststörungen bis hin zu versuchten bzw. vollendeten Suiziden - davon allein vier in Brandenburg seit Beginn des Jahres - haben ein alarmierendes Ausmaß angenommen.

Der Sprecher des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ e.V.), Jakob Maske, betonte daraufhin bereits Mitte Mai dieses Jahres, es gebe „psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben.“<sup>3</sup>

Dies führt auch in den Neuen Bundesländern zu einer stetig wachsenden Inanspruchnahme professioneller Hilfe. So konnte jüngst in einer Blitzumfrage der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) vom März 2021 nachgewiesen werden, dass rund 80 Prozent der ostdeutschen Psychotherapeuten eine deutlich gestiegene Nachfrage ihrer Angebote, insbesondere in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen, verzeichnen.<sup>4</sup>

Diese Ergebnisse stehen allesamt in völligem Widerspruch zu der Sonderstudie „Jugend in Brandenburg 2020 – Auswirkungen der Corona-Pandemie“, die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Auftrag gegeben wurde und deren Ergebnisse Mitte Februar 2021 vorlagen. Die Studienaussagen bestätigten den damaligen Kurs der Landesregierung bzw. des MBS und bildeten die argumentative Grundlage auch seitens der Koalitionsfraktionen, Forderungen nach geeigneten Gegenmaßnahmen als angebliche „Angst- und Panikmache“ zurückzuweisen.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: Heilbronner Stimme, „Wie belastet sind Jugendliche in der Pandemie?“, v. 16.02.2021 (<https://www.stimme.de/deutschland-welt/politik/dw/wie-belastet-sind-jugendliche-in-der-pandemie;art295,4450675>; letzter Zugriff: 10.06.2021); die Studie ist unter <https://www.uni-hildesheim.de/neuigkeiten/angst-vor-der-zukunft-jugendalltag-2020-erste-ergebnisse-der-bundesweiten-studie-juco-2/> (letzter Zugriff: 10.06.2021) abrufbar.

<sup>2</sup> Studienergebnisse abrufbar unter <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html> (letzter Zugriff: 10.06.2021).

<sup>3</sup> Zit. n.: Redaktionsnetzwerk Deutschland, „Kinderärzte fordern Schulöffnung: ‚Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben‘“, v. 18.05.2021 (<https://www.rnd.de/gesundheit/kinderaerzte-fordern-schuloeffnung-es-gibt-psychiatrische-erkrankungen-in-einem-ausmass-wie-wir-es-II34AOHBU7JFKHCSIVNJJM4JIU.html>; letzter Zugriff: 10.06.2021).

<sup>4</sup> Vgl.: Märkische Allgemeine Zeitung, „Folgen der Pandemie: Mehr Jugendliche im Osten brauchen Psychotherapie“, v. 07.05.2021 (<https://www.maz-online.de/Brandenburg/Corona-Brandenburgs-Jugendliche-suchen-Hilfe-beim-Psychotherapeuten>; letzter Zugriff: 10.06.2021).

Dass hier frühzeitig dringender Handlungsbedarf angezeigt gewesen wäre, beweist der Aufruf der Barmer Krankenkasse in Brandenburg, die angesichts des Umfangs des Problems die Landesregierung bereits Anfang Mai 2021 aufforderte, durch entsprechende Maßnahmen unverzüglich gegenzusteuern.<sup>5</sup>

Eine passgenaue Beratung zur Prävention von Lern- und Verhaltensauffälligkeiten, die Unterbreitung individueller Hilfeleistungen sowie alle anderen Bestandteile des umfangreichen Aufgabenprofils gemäß der „Verwaltungsvorschriften über die schulpsychologische Beratung“ (VVpsyBer) kann von den Schulpsychologen auf Grundlage der derzeitigen Personalausstattung – wenn überhaupt – nur noch mit Mühe in der gebotenen Qualität gewährleistet werden. Dies aber wäre dringend notwendig, damit nicht nur die betroffenen Familien und deren Kinder bei psychisch bedingten Problemen begleitet werden können; auch die Lehrer sind bei der Umsetzung des Unterrichts und individueller Förderangebote auf die Handlungsfähigkeit der Schulpsychologen dringend angewiesen, zumal sich für das kommende Schuljahr ein deutlicher Anstieg an sonderpädagogischen Förderbedarfen, vor allem im Bereich der Förderschwerpunkte „Emsoz“ und „Lernen“, abzeichnet.

Die schulpsychologischen Beratungsstrukturen im Land Brandenburg sind folglich personell auszubauen.

---

<sup>5</sup> Vgl.: Märkische Oderzeitung, „Psychotherapeuten behandeln mehr Kinder und Jugendliche“, v. 07.05.2021.